

Stadt Heidelberg
Dezernat IV, Bürgeramt

Bürgerbefragung zur Sicherheitslage in Heidelberg

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 17. November 2008

| Beratungsfolge | Sitzungstermin | Behandlung | Zustimmung zur Beschlussempfehlung | Handzeichen |
|----------------------------|----------------|------------|--|-------------|
| Jugendgemeinderat | 22.10.2008 | Ö | <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne | |
| Ausländerrat/Migrationsrat | 06.11.2008 | Ö | <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne | |
| Haupt- und Finanzausschuss | 13.11.2008 | Ö | <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne | |

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Jugendgemeinderat und der Ausländerrat/Migrationsrat empfehlen dem Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die Durchführung einer Bürgerbefragung zur Sicherheitslage in Heidelberg.

| Anlagen zur Drucksache: | |
|--------------------------------|---|
| Lfd. Nr. | Bezeichnung |
| A 1 | Wissenschaftlicher Ansatz der Befragung |
| A 2 | Umfragebogen zur Sicherheitslage in Heidelberg (Vertraulich – nur zur Beratung in den Gremien!) |
| A 3 | Präsentation: Konzeption einer Bevölkerungsbefragung über subjektive Problemlagen und Kriminalitätsfurcht |
| A 4 | Evaluationsstudie zur Wirkung von Kommunalen Kriminalprävention (Auszug aus „TRAUMA & GEWALT“, 2. Jahrgang, Heft 3/2008, Seiten 220 bis 233) |

Sitzung des Jugendgemeinderates vom 22.10.2008

Ergebnis: mehrheitliche Zustimmung zur Beschlussempfehlung
Ja 16 Nein 0 Enthaltung 3

Sitzung des Ausländerrates/Migrationsrates vom 06.11.2008

Ergebnis: Zustimmung zur Beschlussempfehlung
Ja 13 Nein 0 Enthaltung 2

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 13.11.2008

Ergebnis: beschlossen
Ja 11 Nein 0 Enthaltung 2

I. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

| Nummer/n: (Codierung) | + / - berührt: | Ziel/e: |
|--------------------------|-------------------|--|
| SOZ 2 | + | Diskriminierung und Gewalt vorbeugen. Begründung: Durch die zielgerichtete und zielgruppenorientierte Präventionsarbeit wird die Begehung von Straftaten verhindert bzw. zumindest erschwert. |
| QU 3 | + | Bürger/innenbeteiligung und Dialogkultur fördern. Begründung: Mit der Durchführung einer repräsentativen Befragung werden die Bürgerinnen und Bürger auf direktem Wege in die Entscheidungsfindung darüber eingebunden, welche Maßnahmen zu treffen sind, um sowohl die tatsächliche Sicherheitslage, als auch das Sicherheitsempfinden nachhaltig zu verbessern. |

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine



II. Begründung:

Mit Antrag Nr. 0043/2008/AN vom 27.06.2008 wurde die Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Bürgerbefragung zur Sicherheitslage in Heidelberg“ mit folgender Begründung beantragt: Die Polizeidirektion Heidelberg führt seit dem Jahre 1997 in Zusammenarbeit mit dem Institut für Kriminologie der Universität Heidelberg Bürgerbefragungen zur Sicherheitslage durch. Dies ist bislang geschehen in Schwetzingen, Wiesloch, Hockenheim, Eppelheim, Leimen und Weinheim. Wiederholungsbefragungen konnten in Schwetzingen, Wiesloch (Walldorf) und Hockenheim (zeitgleich in der gesamten Verwaltungsgemeinschaft) realisiert werden. Auch in Sinsheim wird im Oktober 2008 die Befragung durchgeführt.

Kriminalprävention umfasst alle staatlichen und privaten Bemühungen, die sowohl als Haupt- wie als Nebenzweck oder zusätzlich zu anderen Verbesserungen darauf hinzielen, die Begehung von strafbaren Handlungen zu verringern. Ein wesentlicher Bestandteil der kommunalen Kriminalprävention ist die Initiierung, die Vernetzung zuvor eigenständiger Präventionsaktivitäten sowie die Einbindung möglichst vieler gesellschaftlicher Kräfte und insbesondere der Bürgerinnen und Bürger in auf Dauer angelegten Gremien zwecks Kriminalitätsverhütung. Auf diesem Wege sollen im Hinblick auf örtliche Problemstellungen ressortübergreifende, ganzheitliche Strategien entwickelt und im Zusammenwirken mit der Bevölkerung umgesetzt werden. Durch den gesamtgesellschaftlichen Ansatz soll die Möglichkeit geschaffen werden, lokal bedingte Ursachen und Faktoren für die Entstehung von Kriminalität anzugehen und zu beseitigen.

Diese Idee wurde in Heidelberg im Jahre 1997 institutionalisiert. Seither konnten eine Vielzahl konkreter Initiativen und Projekte nachhaltig umgesetzt werden. Nur beispielhaft seien hier genannt das präventive Begleitkonzept für Heidelberger Haupt- und Förderschulen, die Einrichtung sogenannter Interventionsstellen sowohl für Opfer häuslicher Gewalt, als auch für Täter, die Durchführung von zwei Sicherheitswochen im Jahre 2005 sowie die Gründung des Präventionsvereins Sicheres Heidelberg, „SicherHeid“ e. V., der im nächsten Jahr bereits sein 10-jähriges Bestehen feiert.

Unabdingbar für die strategische Ausrichtung ist es, sich ein möglichst genaues Bild über nicht nur das behördlich registrierte Kriminalitätsgeschehen machen zu können, wie es sich beispielsweise in der polizeilichen Kriminalstatistik spiegelt, sondern auch darüber, wie es um das Sicherheits- (und gleichsam Wohl-)Befinden der Bürger einer Stadt bestellt ist, um schließlich geeignete und zielgruppenorientierte zugeschnittene Präventionsaktivitäten entwickeln und durchführen zu können. Hierzu ist eine Bürgerbefragung ein geeignetes Instrument, wie im Folgenden beschrieben wird.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass auch in den Gemeinden, in denen im Abstand mehrerer Jahre Wiederholungsbefragungen durchgeführt wurden, die Kriminalitätsfurcht deutlich gesunken ist, zuletzt war dies ein Ergebnis der Wiederholungsumfrage in Hockenheim.

Als Grund für diese auch im nationalen und internationalen Vergleich erfreuliche Entwicklung werden in erster Linie gemeinsame Schritte von Kommunalverwaltungen und der Polizei angeführt.

Bei allen Befragungen im Rhein-Neckar-Kreis kam der konsequent weiterentwickelte und standardisierte Fragebogen der Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention zum Einsatz, der bei Einführung der Kommunalen Kriminalprävention in Baden-Württemberg Anwendung fand. Der Fragebogen soll in dieser Form nun erstmals auch in Heidelberg eingesetzt werden, nachdem bereits im Jahre 1998 eine Befragung zu den Themen Opferwerdung, Kriminalitätsfurcht und selbstberichtete Delinquenz durchgeführt wurde.

In Anlage 1 haben wir den wissenschaftlichen Ansatz der Befragung dargestellt.

Kommunale Kriminalprävention im Heidelberger Modell ist eine Vernetzung von Polizei, Gemeindeverwaltung, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Stadt und Polizei arbeiten unter der Leitung von Herrn Leitenden Kriminaldirektor Fuchs und Herrn Oberbürgermeister Dr. Würzner eng zusammen. Die wissenschaftliche Leitung obliegt dem Institut für Kriminologie der Universität Heidelberg.

Von dort wurde folgendes Angebot zur Durchführung einer Sicherheitsbefragung unterbreitet:

- Bei einer Befragung sollen aus den Daten des Einwohnermeldeamtes zufällig etwa 5.000 Personen zwischen 14 und 70 Jahren ausgewählt werden. Jeder erhält einen Fragebogen, der dann per Post (adressierter Rückumschlag liegt bei; Gebühr zahlt Empfänger [ca. 2.000 € bei 40 % Rücklauf]) zurückgegeben werden kann.
- Der Druck (ca. 1.000 €) und die Verteilung der Fragebogen (per Post ca. 5.000 €) soll durch die Stadtverwaltung erfolgen; die Auswertung kann das Institut für Kriminologie gegen die Erstattung von Unkosten übernehmen.
- Die Eingabe der Daten seitens des Instituts für Kriminologie mit studentischen Mitarbeitern schlägt mit 4.500 € zu Buche.
- Die Kosten für die Auswertung der eingegebenen Daten, die Erstellung eines Gutachtens und die Präsentation der Ergebnisse auf der Grundlage des Fragebogens betragen 1.750 €.

Insgesamt werden somit Kosten in Höhe von ca. 14.250 € anfallen.

Die Befragung soll im Frühjahr 2009 durchgeführt werden. Der Fragebogen wird mit einem gemeinsamen Anschreiben von Herrn Leitenden Polizeidirektor Fuchs und Herrn Oberbürgermeister Dr. Würzner verschickt. Während der Befragung wird eine „Hotline“ bei der Stadtverwaltung eingerichtet.

gez.

Dr. Eckart Würzner